

Wie kein anderer Ort steht My Lai für das Grauen des Vietnam-Kriegs. Das Massaker, verübt von jungen GIs, sei ein Verbrechen im „Stil der Nazis“, schrieb 1969 der Journalist Seymour Hersh. Das amerikanische Selbstbild, stets nur für das Gute zu kämpfen, blieb dennoch unversehrt.

DIE PATRIOTISMUSFALLE

Von Bernd Greiner



ORGIE DER GEWALT

Anfang 1968 verstärkte der Vietcong seine Angriffe auf Südvietnam, terrorisierte und ermordete Zivilisten. Das US-Oberkommando bildete daraufhin kleine Spezialtruppen, um die Guerillakämpfer aufzuspüren. Soldaten einer solchen Einheit drangen am 16. März in den Weiler My Lai im nördlichen Südvietnam ein und töteten mehr als 500 Bewohner, fast ausschließlich Frauen, Babys und Greise.

Der Herbst des Jahres 1969, ein historisches Schlüsseldatum? Die Frage zu bejahen scheint verwegen. Einkastelt zwischen dem Mythenjahr 1968 und den Turbulenzen der frühen siebziger Jahre, mutet das späte 1969 wie ein historisches Niemandsland an, wie eine Bühne, auf der bestenfalls Unspektakuläres, weil längst Bekanntes geboten wurde – etwa die zweite bemannte Landung auf dem Mond.

Von wegen unspektakulär. Zu erinnern ist an zwei Ereignisse, die nicht allein das Terrain der Zeit grell ausleuchteten, sondern darüber hinaus Hintergründiges zu erkennen gaben.

Am 15. Oktober folgten Hunderttausende dem Aufruf des „Vietnam Moratorium Committee“ und forderten den sofortigen Rückzug amerikanischer

Truppen aus Südostasien. Einige Beobachter sprachen gar von landesweit vier Millionen Demonstranten. In jedem Fall handelte es sich um den massivsten öffentlichen Protest gegen den Vietnam-Krieg in den USA und um ein Unikat in der westlichen Welt des 20. Jahrhunderts. Niemals zuvor hatten dermaßen viele Bürger in Kriegszeiten ihrer Regierung das Misstrauen erklärt.

Gut vier Wochen später, am 13. November, druckten 36 Zeitungen einen Artikel des Journalisten Seymour Hersh, der im Alleingang eines der furchtbarsten Kriegsverbrechen in Vietnam recherchiert hatte: Hintergründe und Verlauf des anderthalb Jahre zuvor verübten Massakers an über 500 Zivilisten in dem Weiler My Lai. Am 20. November publizierte Hersh eine zweite Reportage mit der kalkuliert pro-

vokanten Überschrift „Es war eine Sache im Stil der Nazis“, am selben Abend schockierte CBS in den Abendnachrichten mit Fotos des Massenmords, kurz darauf strahlte der Sender das Interview mit einem beteiligten Soldaten aus: „Wie erschießt man Babys?“ – „Keine Ahnung. Es kommt halt vor.“

Was folgte, war eine Art Selbstgespräch der amerikanischen Öffentlichkeit – Rede und Gegenrede über die ausufernde Gewalt des Krieges in Vietnam und über das Verhältnis der Bürger zu ihrem Militär. Das Protokoll dieses Gesprächs erscheint im Rückblick wie eine Kartografie amerikanischer Befindlichkeiten, als Wegweiser durch die Wirrnisse des Vergangenen und zugleich als Dokument von zeitloser Aktualität.



„Wenn wir uns daran gewöhnen, dergleichen hinzunehmen, gibt es nichts mehr, was wir nicht hinnehmen“, schrieb Jonathan Schell am 20. Dezember 1969 im „New Yorker“ über My Lai. Wie Schell reagierte zahlreiche andere Journalisten mit Beobachtungen und Fragen, die für einen Großteil des Publikums ebenso verstörend waren wie die Nachrichten aus Vietnam.

„Time Magazine“ beispielsweise, das Flaggschiff der politischen Wochenschriften, stellte in seiner Ausgabe vom 5. Dezember 1969 fest: „Dass Amerika und die Amerikaner sich im übergeordneten Sinne auf der Anklagebank von Schuld und schlechtem Gewissen verantworten müssen, scheint unausweichlich.“

Was sagte My Lai über das Gewaltpotential der amerikanischen Gesellschaft? Hatte man es in den

USA mit einer moralisch abgestumpften Bevölkerung zu tun? War der allfällige Hinweis auf die Brutalität aller Kriege nichts weiter als eine billige Selbstberuhigung? „Wie viel Ungerechtigkeit und Korruption verzerren die Züge der Demokratie, die Amerika der Welt zum Vorbild anbietet? Über die Antworten mag man streiten, nicht aber über die Fragen.“

So entschieden diese Gedanken vorgetragen wurden, so sehr klangen Verunsicherung und Zweifel mit. Die meisten Journalisten schrieben offensichtlich in der Vorahnung, dass ihre Worte in der Gebetsmühle der nationalen Meistererzählung geschreddert würden. Dass es also kein Ankommen gab gegen das seit eh und je gepflegte Selbstbild, demzufolge Amerika eine von Gott auserwählte Nation sei, stets integer in seinen Absichten, wohlwollend, großzügig und gerecht im Umgang mit anderen. Wer demgegenüber Gewalt und Unrecht zur Sprache brachte, musste erfahrungsgemäß entweder mit verstockter Gegenwehr rechnen oder mit dem selbstgerechten Hinweis auf Amerikas „Erlöserrolle“ im Kampf gegen die Übel dieser Welt.

Deshalb prognostizierten die Autoren von „Time Magazine“ ein Scheitern der My-Lai-Debatte, bevor sie überhaupt begonnen hatte. „Noch immer trägt das amerikanische Ethos ... dazu bei, das öffentliche Bewusstsein ... zu verschleiern. Noch immer ist das Böse etwas weit Entferntes, das komplett andere, statt ein Feind im eigenen Haus.“

In der Tat: Vom anfänglichen Entsetzen über My Lai war binnen weniger Wochen nichts mehr zu spüren. Wut und Aggression bestimmten fortan die Tonlage. Liberale und Konservative, „Falken“ und „Tauben“, Demokraten und Republikaner, Alte wie Junge, Frauen wie Männer, Weiße wie Schwarze – Bürger, die sich unter anderen Umständen nur darauf einigen konnten, dass sie nicht einer Meinung waren, fanden zu einer gemeinsamen Abwehrhaltung. Genauer gesagt: Sie nahmen die Perspektive der Täter von My Lai ein und forderten die sofortige Einstellung aller Militärgerichtsverfahren.

Von Mitte November 1969 bis zum Abschluss des Prozesses gegen den für das My-Lai-Massaker verantwortlichen Offizier William Calley im Frühjahr 1971 schlugen sich in repräsentativen Erhebungen um die 70 Prozent der Befragten auf die Seite beschuldigter GIs. Sobald ein Militärtribunal anstand, wurden symbolische Plebiszite zugunsten der Angeklagten inszeniert, Hilfsfonds eingerichtet und prominente Politiker für Solidaritätsadressen gewonnen.

So rief Jimmy Carter, zu dieser Zeit noch Gouverneur von Georgia, Ende März 1971 einen „Tag der amerikanischen Kriegskämpfer“ aus und forderte von den Bürgern seines Staates, auch tagsüber die Scheinwerfer ihrer Autos einzuschalten – als Zeichen der Unterstützung für den vorbildlichen Patrioten Calley, der wegen mehrfachen Mordes in My Lai angeklagt und erstinstanzlich zu lebenslangem Freiheitsentzug bei schwerer Arbeit verurteilt worden war.

„Calley hat nur getan, was man ihm gesagt und wofür man ihn ausgebildet hatte“, meinte ein Vertreter der Veteranenorganisation „American Legion“ und gab das Stichwort für zahlreiche Veteranen, die fortan ihre Orden ans Pentagon zurückschickten und sich selbst der Greuelthaten in Amerikas früheren Kriegen bezichtigten.

BERND GREINER, Jahrgang 1952, ist Historiker und Politologe. Er leitet den Arbeitsbereich „Theorie und Geschichte der Gewalt“ am Hamburger Institut für Sozialforschung und lehrt Neueste Geschichte an der Universität Hamburg. 2007 erschien sein Buch „Krieg ohne Fronten – die USA in Vietnam“.

TÄTER IN UNIFORM

Der US-Oberleutnant William Calley, 1943 in Miami geboren, war als verantwortlicher Offizier an dem Massaker in My Lai beteiligt. Im März 1971 wurde er wegen vorsätzlichen Mordes an Zivilisten zu lebenslangem Freiheitsentzug verurteilt. Schon wenige Stunden danach verfügte US-Präsident Richard Nixon, dass Calley nur unter Hausarrest zu stellen sei. Im November 1974 wurde auch der Hausarrest aufgehoben, Calley war wieder ein freier Mann.



ENTHÜLLUNGSREPORTER Seymour Hersh deckte Kriegsverbrechen in Vietnam auf (Foto von 1972).

Nicht nur Staatsparlamente von Colorado bis Florida schlossen sich den hysterischen Aufwallungen an. Selbst die Antikriegsbewegung verbannte – von wenigen Aktivisten abgesehen – von Ende 1969 an das Thema Kriegsverbrechen und deren juristische Ahndung von ihrer Agenda. Statt nach Schuld und Verantwortung einzelner Soldaten zu fragen, konzentrierte man sich auf das vermeintlich an der Wurzel verderbte „System“ und vernebelte das historisch Konkrete in der Generalkritik am Abstrakten.

„Verstehen Sie uns nicht falsch“, schrieben vier Bürger Ende März 1971 an Heeresminister Stanley Resor, „wir sind uns darüber im Klaren, dass ein Massaker tatsächlich stattgefunden hat, und wir wissen auch, dass bestimmte Individuen unmittelbar für diese tragische Auslöschung von Leben verantwort-“

wortlich waren.“ Der Rest des Briefes bestand aus einem nach allen Regeln der englischen Semantik ausbuchstabilten „Aber“ und den dazugehörigen Ausrufezeichen.

In diesem wie in ungezählten anderen Protestschreiben ging es weder um den Krieg in Vietnam und schon gar nicht um das Leid der anderen. Zur Diskussion standen vielmehr Fragen, die seit den Gründungstagen der Republik immer wieder für leidenschaftliche Kontroversen gesorgt hatten: Wofür kann ein Citizen während seines Dienstes an der Waffe haftbar gemacht werden? Wie weit darf der Zugriff des Militärs reichen, und wann muss zum Schutz der Bürger eine Grenzlinie gezogen werden? Gelten die im zivilen Leben verbindlichen Normen und Gesetze auch beim Militär?

Hunderttausende nahmen dazu in Telegrammen und Briefen an das Pentagon und das Weiße Haus Stellung – nachzulesen in den Beständen der amerikanischen National Archives. Sie brachten ihr Verständnis von Zivilgesellschaft und Militär, von Bürger und Soldat, Freiheit und Gehorsam zu Papier. Vor allem aber feilschten sie um den Preis des Patriotismus – und zwar mit Argumenten, die dem Zitatenschatz einer zivil-religiösen Liturgie entnommen waren.

Erstes Axiom: Soldaten zahlen für den Dienst beim Militär mit des Bürgers höchstem Gut – ihrer persönlichen Freiheit. Bereits in Friedenszeiten als Unfreie faktisch ausgebürgert, werden Soldaten im Krieg vollends enteignet.

Kampfmaschinen, die man zum Töten zwingt und ständig dem Risiko des eigenen Todes aussetzt, haben keinen freien Willen und sind folglich auch keine rechtsfähigen Subjekte. Schuld und Verantwortung

gilt für Freie im Frieden, nicht für Genötigte im Krieg.

Zweites Axiom: Regierte in Uniform schließen mit den Regierenden einen Vertrag auf Gegenseitigkeit. Wer aus patriotischer Überzeugung zum Militär geht und damit eine zeitweilige Freiheitsberaubung und Entmündigung in Kauf nimmt, kann im Gegenzug erwarten, dass der Staat für alle Konsequenzen seines erzwungenen Handelns geradesteht.

Drittes Axiom: Soldaten – wie etwa William Calley – unter Mordanklage zu stellen kündigt nicht nur einen moralisch bindenden Vertrag auf, sondern überschreitet die Grenze zum Despotismus. Wer dergleichen dennoch verfügt, tritt den Patriotismus mit Füßen und muss sich den heftigsten aller denkbaren Vorwürfe gefallen lassen: unamerikanisch zu handeln.

Damit war eine unmissverständliche Botschaft an das Weiße Haus ausgesprochen: Loyalität funktioniert in zwei Richtungen – von unten nach oben wie umgekehrt. Selbst die Treuesten der Treuen stellten ihre Gefolgschaft in Frage. Nicht weil sie den Krieg in Vietnam und den bewaffneten Kampf gegen den Kommunismus als solchen kritisierten, sondern weil sie in der Bestrafung von Kriegsverbrechern einen unter keinen Umständen hinnehmbaren Verstoß gegen ihr patriotisches Selbst- und Gesellschaftsbild sahen.

Dass Richard Nixons Anhänger letztlich bei der Fahne blieben und ihm überdies im Laufe seiner Amtszeit auch noch Wähler aus anderen Lagern zuliefen, hatte zweifellos mit der Parteinahme des Weißen Hauses für William Calley und dessen rasche Begnadigung zu tun. Noch gewichtiger war indes Nixons Gespür für eine vorbeugende Schadensbegrenzung.

Gemeint ist die berühmte Rede des Präsidenten an die Nation gut eine Woche vor der Aufdeckung des My-Lai-Massakers. Sie ist als die „Schweigende Mehrheit“-Rede in die Geschichte eingegangen und wird zu Recht als politischer Geniestreich bezeichnet, als beredtes Beispiel, welches Kapital ein Politiker erwirtschaften kann, wenn er auf der Klaviatur des amerikanischen Patriotismus den rechten Ton trifft.

„Die erste Niederlage in der Geschichte unserer Nation würde den Ruin allen Vertrauens in die amerikanische Führungsrolle bedeuten.“ Mit diesen Worten nahm der Präsident am Abend des 3. November 1969 Millionen von Fernsehzuschauern in moralische Verantwortung und Mithaftung. „Ihr, die große schweigende Mehrheit meiner amerikanischen Mitbürger“, so Nixons vielfältig variiertes Appell, entscheidet darüber, ob die Kommunisten in Südvietnam mit einer Politik der „Massaker“ die Oberhand gewinnen oder ob ein „gerechter und dauerhafter Friede“ erkämpft wird – „Amerikas Friede“. „Ich werde vor harten und effektiven Maßnahmen nicht zurückschrecken ... Alle Hoffnung der Welt auf das Überleben von Frieden und Freiheit hängt davon ab, ob das amerikanische Volk die moralische Kraft und den Mut aufbringt, die Herausforderung zur Führung der freien Welt auf sich zu nehmen.“ Den entscheidenden Satz hob Nixon für das Ende seiner Rede auf: „Nordvietnam kann die Vereinigten Staaten nicht schlagen oder demütigen. Nur Amerikaner können das.“

Amerika kann nicht von außen besiegt werden, sondern geht allenfalls wegen innerer Schwäche in



PATRIOTISCHER APPELL
US-Präsident Richard Nixon hielt am 3. November 1969 eine TV-Ansprache, in der er an die „schweigende Mehrheit“ seiner Mitbürger appellierte. Nixon, der sich hinter die Soldaten stellte, zog die patriotische Trumpfkarte gegen die Antikriegsbewegung im Lande: Amerika könne nicht von einem äußeren Gegner besiegt werden, sondern gehe allenfalls wegen innerer Schwäche in die Knie.

die Knie: Für die Antikriegsbewegung wurde die patriotische Trumpfkarte des Präsidenten zum De-saster.

77 Prozent derer, die Nixons Rede verfolgt hatten, teilten seine Einschätzung. Eine erfolgreiche Pressepolitik und die gezielte Einschüchterung oppositioneller Politiker im Kongress taten offensichtlich ein Übriges. Als das „Vietnam Moratorium Committee“ am 15. November 1969 die Bilanz seiner zweiten Großdemonstration dieses Herbstes zog, war klar, dass man den Zenit des Protestes längst überschritten hatte. Die im Dezember für die Dauer von drei Tagen anberaumten Kundgebungen erwiesen sich erst recht als Schlag ins Wasser. Gut vier Monate später musste das „Moratorium Committee“ mangels Geld und freiwilliger Helfer sein Büro in der Hauptstadt Washington schließen.

Als Richard Nixon wenig später ankündigte, 200 000 Soldaten der Bodentruppen aus Vietnam abzuziehen, hatte er endgültig den Freifahrtschein für eine Eskalation mit anderen Mitteln gelöst. „Linebacker I“ und „Linebacker II“ hießen die Luft-einsätze von Frühjahr bis Dezember 1972, mit denen er eine Wende des Krieges herbeibomben oder einen Waffenstillstand erzwingen wollte, der das militärische Scheitern zumindest vorübergehend hätte kaschieren können. Den Preis dieses selbst für Vietnam beispiellosen Terrors zahlte die Zivilbevölkerung im Norden des Landes. Von den knapp 3500 Einsätzen, die während des sogenannten Weihnachtsbom-bardements 1972 gegen Hanoi und Haiphong geflogen wurden, galten nur zwölf Prozent militärischen Zielen.

Weil aber die Bodentruppen zu diesem Zeitpunkt fast vollständig abgezogen waren und kaum noch Leichensäcke nach Hause kamen, hatte sich der politische Skandalwert des Kriegs an der „Heimatfront“ weitgehend verbraucht. Wegen der Ausweitung des Luftkriegs gegen Nordvietnam musste der Präsident noch nicht einmal im Wahljahr 1972 mit Einbußen, geschweige denn einer Gefährdung seiner Wiederwahl rechnen.

Wie es scheint, wusste er den Sinn des populären Slogans „Get Out or Win“ treffsicher zu deuten: „Hauptsache, wir gewinnen. Die Mittel und Methoden sind letztlich egal.“ Auch deshalb gibt es gute Gründe für die Vermutung, dass Nixon trotz des Anfang 1973 vereinbarten Waffenstillstands den Bombenkrieg weitergeführt hätte, wäre er nicht wegen des Watergate-Skandals vor der Zeit aus dem Amt gejagt worden.

Die im Herbst 1969 angestoßenen Ereignisse widerlegen mithin eine zählbeige Legende. Es war eben nicht die Opposition im Inneren, die den Vietnam-Krieg beendete. Obwohl die Antikriegsbewegung unbestreitbar die Entscheidung zum Rückzug der Truppen forciert hatte, zeigte sie sich macht- und sprachlos angesichts der kollektiven Hysterie im Gefolge des My-Lai-Skandals. Gleich gar kapitulierte sie vor dem Patriotismus der zu Unrecht „schweigend“ genannten Mehrheit, die selbst im Zeichen einer unabwendbaren Niederlage verbissen an dem Grundsatz festhielt, dass Verlieren keine Option ist.

Aufs Ganze gesehen überlebte die amerikanische „victory culture“ selbst den umstrittensten Krieg, den die USA je geführt haben. Ins kollektive Gedächtnis eingraviert, konserviert dieser Mythos seit

der Zeit der Indianerkriege eine scheinbar durch nichts und niemanden zu erschütternde Selbstüberhöhung. Amerikas Kriege sind gerecht, weil sie nicht aus selbstsüchtigen Motiven geführt werden, sondern gegen fanatisierte Feinde der Zivilisation. Gegen Feinde, die es auf die Wehrlosen und Schwachen, auf Frauen und Kinder abgesehen haben und damit zu verstehen geben, dass sie Freiheit und Sicherheit an der Wurzel treffen wollen. Selbst wenn man zwecks Gegenwehr einen Krieg ohne Regeln führt oder gar zu barbarischen Mitteln greift – es bleibt ein heroisches Opfer im Dienste der kultivierten Weltgemeinschaft, unverzichtbar und deshalb über moralische Kritik erhaben.

In diesem Sinne handelt das vielzitierte „Vietnam-Syndrom“ also nicht von geläuterter Zurückhaltung,



sondern vor allem von der Aversion gegen militärische und politische Selbstbeschränkung. Unannehmbar und falsch war nicht der in Südostasien geführte Krieg, sondern allein der entgangene Sieg.

Und unverzeihlich blieb eine Politik, die es vermeintlich an der Entschlossenheit hatte fehlen lassen, der kämpfenden Truppe eine bedingungslose Unterstützung zukommen zu lassen. Selbstimmunisierung gegenüber dem Preis des Krieges oder „Kultur der Verdrängung“ bieten sich als gleichermaßen treffende Attribute an.

Allesamt stehen sie hinter dem bis heute uner-müdlichen Versuch, die Scharte Vietnam mittels Kriegsfilmern und millionenfach vertriebener Land-serliteratur – oder eben an realen Fronten – auszu-wetzen. Die wortkargste Zusammenfassung dieses Drehbuchs stammt von John Rambo: „When do we win next time?“

ABFLAUENDER PROTEST
Hunderttausende hatten noch am 15. Oktober 1969 in Washington gegen den Vietnam-Krieg protestiert und den sofortigen Rückzug der US-Truppen gefordert. Nach Nixons TV-Rede blieb die zweite Großdemonstration am 15. November (Foto) weit hinter den Erwartungen des „Vietnam Moratorium Committee“ zurück – die Opposition kapitulierte vor dem Patriotismus der zu Unrecht „schweigend“ genannten Mehrheit.